

03/2016 September  
JCVP Kanton Luzern

Europa

# Jmpuls

## **Inhalt**

<b>Editorial</b>	<b>3</b>
<b>JCVP aktuell</b>	
JVP Kriens: Jugendvorstoss	4
1. August-Ansprache in Emmen	4
<b>Thema</b>	
Gedanken zu den Terroranschlägen	7
Das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU	9
Der Anfang vom Ende?	11
Europa und ich	13
Guido Graf verdient volle Unterstützung	16
Fragwürdige Engagements der REAL	19
<b>Gesichter der JCVP</b>	
David Schwegler	20
<b>Gastkolumne</b>	
von Elisabeth Schneider-Schneiter	22
<b>Patronatskomitee</b>	<b>23</b>
<b>Impressum</b>	<b>23</b>

# Europa

Als ich in meinem Auslandsemester in Rouen (F) französische Mitstudenten fragte, ob sie sich eher als Franzosen oder eher als Europäer fühlen, erwartete ich, dass sie sagen: «Als Franzosen!». Aber die Mitstudenten antworteten: «Wir wissen es nicht; das ist eine schwierige Frage».

Und was im Kleinen für Unsicherheit sorgt, ist auch im Grossen unklar: das Verhältnis zwischen den Nationalstaaten und der EU, zwischen Föderalismus und «Modernisierung von oben» (wie es die EU-«Architekten» um Jean Monnet vorgesehen haben) ist hochgradig ungeklärt. Immer wieder erheben sich vor allem ehemalige, stolze Kolonialmächte wie Frankreich und Grossbritannien wider das Diktat aus Brüssel, und manchmal, etwa beim Brexit, kracht es im Gebälk, wozu ein Bonmot von Friedrich Dürrenmatt passt: «Ich halte den Kleinstaat für eine weitaus glücklichere politische Erfindung als den Grossstaat, und sei es bloss deshalb, weil kleine Munitionsdepots ungefährlicher sind als grosse, falls sie explodieren».

Trotz der fortschreitenden Integration in die EU unterscheiden sich die Staaten kulturell, sprachlich und politisch immer noch sehr stark voneinander. Spricht man von Europa, spricht man deshalb auch von Nationalstaaten. Das gilt heute wieder etwas mehr als vor 20 oder 40 Jahren, wo auch in der Schweiz die EU-freundlichen Kräfte stärker waren. Heute sind Begriffe wie «Nationalstaat», «Gewaltmonopol des Staates» und «Grenzen» mancherorts wieder akzeptierter als auch schon, alleine schon deshalb, weil das dominierende Thema «Sicherheit» nach wie vor Sache der Mitgliedstaaten und nicht der EU ist. Nimmt man noch den Brexit hinzu, wird dieses Jahrzehnt, nach Jahren der Integration der Länder in die EU, vielleicht dasjenige des Auflebens des Nationalstaats sein, mit allen Vor- und Nachteilen, die das mit sich bringt.

Man sollte aber nebst dem Thema Sicherheit die anderen Probleme Europas nicht vergessen. Eines davon ist die Jugendarbeitslosigkeit: über 20% in Frankreich und Irland, über 40% in Italien und Spanien, über 50% in Griechenland. Eine Generation, die nicht gebraucht wird: eine schreckliche Vorstellung, die unsere Generation vielleicht noch lange beschäftigen wird. Alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm hat in seinem Buch «Die Akademisierungsfalle» aufgezeigt, dass die duale Berufsbildung, wie etwa die Schweiz und Deutschland sie haben, zu einer tiefen Jugendarbeitslosigkeit beiträgt. Dies im Gegensatz zu Ländern mit hohen Maturitätsquoten (Frankreich: 55%; Italien: 75%). Ein Hoch auf das Schweizer Berufsbildungssystem.



**Severin Zumbühl,**  
**Chefredaktor**

# JVP Kriens: Jugendvorstoss

**Der neue Vorstoss «Ohne Stimmrecht politisch mitreden» unseres Einwohnerrats Davide Piras soll den Krienser Jugendlichen mit dem Jugendvorstoss-Recht die Möglichkeit geben, auf Gemeindeebene mitzureden.** Von Michael Kruppenacher

Der Einwohnerrat hat in der Juni Sitzung das entsprechende Postulat überwiesen. Mit diesem Recht wären Jugendliche der Gemeinde Kriens berechtigt, beim Einwohnerrat resp. Gemeinderat einen sogenannten Jugendvorstoss einzureichen. Mit diesem politischen Recht erhalten Jugendliche zwischen dem 13. und dem 18. Lebensjahr ein Instrument, das Gemeindeleben politisch mitzugestalten und Lösungsvorschläge einzubringen. Der Vorstoss muss von mindestens 15 Jugendlichen, welche in Kriens wohnhaft sind, unterschrieben werden.

Krienser Jugendliche sehen unsere Gemeinde aus einem ganz anderen Blickwinkel. Die Möglichkeit eines Jugendvorstosses soll bewirken, dass Jugendliche sich vermehrt mit der Krienser Politik auseinandersetzen und sich dafür interessieren. Die Sichtweisen, Ideen und Meinungen der Krienser Jugendlichen sind für das politische und gesellschaftliche Leben in Kriens bereichernd.

## 1. August-Ansprache in Emmen

**«That's one small step for man, one giant leap for mankind!» – Neil Armstrong.** Von Tobias Käch

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es ist mir eine grosse Freude und Ehre, heute an der Emmer Bundesfeier die Festrede halten zu dürfen, und in den nächsten Minuten meine Gedanken zur Schweiz mit Ihnen teilen zu können.

Vor 725 Jahren, im Jahre 1291, so sagt man, sind drei Eidgenossen zusammengestanden und haben in einem kleinen Schritt geschworen, dass sie sich gegen die Vögte auflehnen wollen, dass sie frei sein wollen und ein einzig Volk von Brüdern und sicher auch Schwestern sein wollen. In einer Zeit, in der Willkür geherrscht hat, die Leute unterdrückt wurden und unter Meinungsfreiheit nicht das gleiche verstanden wurde, was wir heute darunter verstehen. In dieser Zeit ist das Grosse, die Eidgenossenschaft gegründet worden, mit den drei Urkantonen Uri, Schwyz und Unterwalden.

In den kommenden Jahren kamen mehr Kantone dazu und in vielen weiteren Schritten wurde 1848 der moderne Bundestaat gegründet. Wiederrum in einer turbulenten Zeit, in einer Zeit, in der es rund um die Schweiz «klöpft & tätscht hed», in der es Revolutionen und Kriege gab, da hat in der Schweiz das Volk die Macht bekommen. Unter dem Volk verstand man damals leider nur die Männer. Heute hat sich einiges verändert. Unter dem Volk werden heute Frauen und Männer verstanden. Rund um die Schweiz gibt es eigentlich nur noch einen Staat, nämlich die EU. Und Vögte, die gibt es schon lange nicht mehr. Zumindest bei uns. Wir leben in Freiheit, sei dies politisch, religiös oder persönlich. Jeder kann tun und lassen, was er will. Wir leben im Frieden. Meine Generation kennt Krieg nur aus den Geschichtsbüchern, aus Zeitungen oder vom Hörensagen, von Flüchtlingen oder unseren Grosseltern.

Doch wir leben auch in einer Zeit der grossen Herausforderungen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer stärker auf. Wir leben im Überfluss, andere müssen hungern. Es gibt immer mehr unzufriedene Menschen, immer mehr frustrierte Menschen, die empfänglich sind für extreme Meinungen, die bereit sind, Angst und Terror zu verbreiten. Und der kommt immer näher.

Das Verhältnis der Schweiz mit der EU wird immer schwieriger, unsere Arbeitsplätze werden immer unsicherer. Die Sprachgrenze in der Schweiz wird immer schwieriger zu überwinden und der Graben zwischen Stadt und Land zeigt sich immer häufiger, wenn z.B. die Stadtbevölkerung der Landbevölkerung vorschreibt, wie sie mit dem Wolf umzugehen hat und wie viele Ferienhäuser gebaut werden dürfen. Und auf der anderen Seite ist es die Landbevölkerung, die in der Stadt am Wochenende Party macht, bis es denen in der Stadt verleidet.

Der Kanton Luzern muss jeden Rappen zwei oder drei Mal kehren, bevor er ihn ausgeben kann und schnürt Sparpaket um Sparpaket. Wie steht es da um Emmen? Emmen hat einen Imagewandel hinter sich. «Emmen-bronx» ist vorbei. Emmen boomt. Wir haben aufstrebende Quartiere wie die Viscosistadt, die Feldbreite oder der Seetalplatz, bei denen in Zukunft die Post abgehen wird. Wir sind in starkem Wachstum, vor kurzem erst haben wir die Grenze von 30'000 Einwohnern durchbrochen. Aber dieses Wachstum hat auch Schattenseiten. Wir brauchen mehr Schulraum und es gibt mehr Verkehr, um nur zwei Beispiele zu nennen. Leider zeigt sich dieses Wachstum nicht im Engagement. Parteien und Vereine haben immer mehr Mühe, aktive Leute zu finden. Und die Stimmbeteiligung sinkt fast jedes Mal. Und trotz der Vernetzung in den sozialen Medien wird alles anonym. Längst kennt nicht mehr jeder jede, wie dies im Dorf der Fall war.

Auch wir persönlich stehen vor grossen Herausforderungen. Der Umgang mit der uns zur Verfügung stehenden Zeit wird immer schwieriger. Wir müssen immer mehr arbeiten und weiter pendeln. Das Angebot für die kleiner werdende Freizeit wird immer grösser und am Fernseher kann man heute auch zurückspulen, und noch mehr konsumieren. Wo bleibt da noch Zeit für Erholung, für die Familie? Und dank dem Handy sind wir ja permanent erreichbar. Wir haben immer mehr Mühe, uns festzulegen, und entscheiden spontan, ob wir teilnehmen oder nicht. Und doch müssen wir uns bereits im Alter von 15 Jahren für einen Beruf entscheiden.

Ich denke, Sie haben sich mit dem einen oder anderen Wort oder Aussage von mir identifizieren können. Aber wie ich einleiten mit den Worten von Neil Armstrong gesagt habe, dass ein kleiner Schritt für einen Menschen ein grosser Sprung für die Menschheit sein kann, so bin ich überzeugt, dass wir mit kleinen Schritten unsere Herausforderungen meistern können. Mit kleinen Schritten, z.B. eine fremde Person grüssen, mit ihr sprechen und ihr zuhören. Und aus Fremden werden Bekannte, Vertrauen kann aufgebaut und Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Und vielleicht kann auch Extremismus abgebaut werden. Mit einem kleinen Schritt, wie ein Kompliment aussprechen und jemandem eine Freude machen. Natürlich mit einem ernst gemeinten. Ein Bube in Amerika hat eine Initiative gestartet, jeden Tag drei Komplimente zu verteilen. Wann haben sie das letzte Mal ein Kompliment ausgeteilt? Oder eines bekommen? Mit einem kleinen Schritt wie dem freiwilligen Engagement in der Gesellschaft, in einem Verein oder einer Partei. Freude verdoppelt sich bekanntlich, und Leid halbiert sich, wenn man es teilt. In einer Partei kann man seinen Anliegen mehr Gewicht geben und die Gemeinde mitgestalten, den Kanton mitgestalten und an die Schweiz mitgestalten. Mit einem kleinen Schritt wie einen Baum pflanzen und einen Beitrag zu einem besseren Klima leisten! Oder mit einem kleinen Schritt wie einfach jemandem über die Strasse helfen, die Türe öffnen und ein Hindernis aus dem Weg räumen! Ich habe nun viele kleine Schritte aufgezählt, und bin mir sicher, Sie haben auch noch viele Ideen für kleine Schritte, die grosse Wirkungen für uns Menschen haben können.

Ich freue mich, anschliessend mit Ihnen unsere Nationalhymne zu singen und auf die Schweiz anzustossen! Ich wünsche mir, dass Sie den einen oder anderen Gedanken von mir zu Herz nehmen und freue mich, gemeinsam mit Ihnen mit kleinen Schritten an unserer Zukunft zu arbeiten, an unserer Gemeinde zu arbeiten und an unserer Schweiz zu arbeiten! Danke schön!

# Gedanken zu den Terroranschlägen

**Paris, Brüssel, Istanbul, Nizza, München – Anschläge, die Europa beschäftigt. Einige Gedanken dazu.**

Von Esther Hagmann

«Meinen Hass bekommt ihr nicht» – so lautet der Titel eines Buches (franz. Vous n'avez pas ma haine), das mir kürzlich zwischen die Hände geraten ist. Darin beschreibt der französische Journalist Antoine Leiris seine ganz persönliche Geschichte der Terroranschläge vom 13. November 2015 in Paris, bei denen seine Frau und Mutter des gemeinsamen Sohnes in der Konzerthalle Bataclan im Maschinengewehrfeuer ums Leben gekommen ist. Einen Brief an die Terroristen mit dem selbigen Titel, den er wenige Tage nach dem Anschlag auf Facebook veröffentlichte, wurde tausendfach geteilt, gelikt, in diversen Zeitungen abgedruckt und in verschiedenen Sprachen publiziert. Er beschreibt darin die Attentäter als tote Seelen und will ihnen nicht das Geschenk machen, sie zu hassen, auch wenn sie es darauf angelegt hätten. Es sind die Worte eines Mannes, dem das Liebste genommen wurde und der dennoch die Logik der Vergeltung zurückweist.

Es sind Zeilen, die mich zutiefst berührt haben, zeugen sie von ausserordentlicher Stärke, Mut und sehr tiefer Liebe. Seine Trauer um den Verlust muss unglaublich gross sein

und trotzdem, vielleicht auch gerade deswegen, gibt er den Menschen, die vorgeben, im Namen Allahs zu handeln, nicht das, was sie mit grosser Wahrscheinlichkeit ausrichten wollten.

## **Ziele der Täter**

Das Ziel der Terroristen ist es, Angst und Schrecken zu verbreiten, Unsicherheit in der Bevölkerung zu entfachen und Hass auszulösen – gegen sie selbst, gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, gegen den Islam und Personen, die ihm angehören – auf den wiederum mit Wut geantwortet wird. Letztendlich ist der Terror nicht nur eine Bedrohung für die Bevölkerung und deren Sicherheit in Frankreich oder in der Schweiz, sondern für ganz Europa, die ganze Welt.

Bei den Attentaten der letzten Monate waren eigenständig agierende Einzeltäter oder Tätergruppen am Werk, die sich auf den Islamischen Staat (IS) beriefen, was die gesamte Situation auch für die Sicherheitsdienste nicht einfacher macht. Zusammen mit den Ereignissen in Syrien, dem Irak und auch in der Türkei wurden zweifellos weitere Extremisten, seien es Terroristen oder Amokläufer, zu neuen Taten inspiriert oder gar Hemmungen, sie zu verüben, abgebaut. Paris, Brüssel, Istanbul, Nizza, Orlando, München oder auch die Attacke in einem Zug der Südostbahn lassen uns das Gefühl geben, die Welt sei nicht mehr sicher.

Ob im Ausgang, beim Einkaufen, beim Reisen, oder auch einfach beim Flanieren, es passiert überall. Kaum ist das eine Ereignis langsam verdaut und gerät in Vergessenheit, folgt das nächste und alles kommt wieder hoch. Frankreich ist das perfekte Beispiel dafür – auf Paris im November 2015 folgte Nizza im Juli 2016. Das Ziel der Täter scheint erreicht.

### Wie reagieren?

An diesem scheinbar aussichtslosen Punkt setzt Antoine Leiris meiner Meinung nach an. Angst und Unsicherheit, vielleicht auch Hass und Wut sind nur wenige Gefühle, die das beschreiben, was wohl in vielen von uns vorgeht, wenn wir erneut von einem Terroranschlag oder Amoklauf hören. Mit eben diesen Empfindungen zu antworten, bedeutet ihm zufolge jener Ignoranz nachzugeben, welche die Täter zu dem gemacht hat, was sie sind. Er meint damit sicherlich nicht, dass nichts für unsere Sicherheit getan werden sollte. Es geht hier vielmehr um eine innere Haltung, die von grosser Bedeutung ist.

Wichtig wird neben der Krisenvorsorge und dem Schutz der Bevölkerung auch die Prävention und Aufklärung. In erster Linie sollen keinesfalls weitere Terrorakte verübt werden. Es soll in jedem Fall aber auch darum gehen, sich nicht der Angst vor einer Religion oder dem Hass gegen sie hinzugeben oder eben diese zu provozieren, denn der Islam kann im Grunde genommen nichts dafür, dass sich die Täter aktuell in den meisten Fällen auf Allah oder den Koran berufen. Keinesfalls dürfen alle Muslime gleichgestellt werden mit ein paar wenigen Extremisten. Eine Aufgabe, bei der wir alle gefragt sind.

Des Weiteren müssen wir uns ebenso bewusst werden, dass wir aktuell etwas mehr in unsere Sicherheit investieren müssen. Sei es die Grenzwahe, die Polizei oder die Armee, sie alle müssen den neuen Anforderungen und Bedürfnissen gerecht werden können, damit wir sicherer sind. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es wohl nie, jedoch können wir gemeinsam etwas unternehmen, um gegen den Terrorismus vorzugehen.

  
**HOTEL DES ALPES**  
LUZERN ★ ★ ★ LUCERNE

Hotel des Alpes Luzern  
Rathausquai 5  
CH-6004 Luzern  
Telefon +41 (0)41 417 20 60  
info@desalpes-luzern.ch





# Das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU

**«Institutionelles Rahmenabkommen» – die Worte spürt man erst als leichte politische Brise, aber bald schon könnten sie sich zu einem Abstimmungs-Gewitter ausweiten.**

Von Severin Zumbühl

Die Umschreibung «Institutionelles Rahmenabkommen» ist formalistisch, wird aber sehr schnell konkret, denn es geht um Fragen der Weiterentwicklung der bilateralen Verträge, um fremde Richter, automatische EU-Rechtsübernahme – das volle Programm für einen «abwechslungsreichen» Wahlkampf.

## Worum geht es?

Die Schweiz und die EU sind durch 20 zentrale bilaterale Abkommen sowie durch 100 weitere Abkommen miteinander verbunden. Seit 2014 verhandeln sie über ein institutionelles Rahmenabkommen, das eine einheitliche und effizientere Anwendung der bilateralen Verträge gewährleisten soll; also eine Art Rahmen über alle anderen bilateralen Abkommen. Die institutionellen Fragen, die gelöst werden sollen, betreffen folgende vier Bereiche:

- **Rechtsentwicklung:** Soll die Schweiz neues EU-Recht automatisch übernehmen, wenn es ein bilaterales Abkommen betrifft? Gemäss dem Verhandlungsmandat des Ausdepartements (EDA) soll das Abkommen jedoch keine automatische Rechtsübernahme beinhalten.
- **Überwachung:** Wer soll darüber

wachen, dass die bilateralen Abkommen im Sinne der EU umgesetzt werden?

- **Auslegung:** wie kann eine einheitliche Auslegung der bilateralen Abkommen sichergestellt werden? Gemäss Vorschlag des EDA soll die Schweiz der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs (EuGH) folgen.
- **Streitbeilegung:** wie sollen Rechtsstreitigkeiten zwischen der EU und der Schweiz, z.B. über die Personenfreizügigkeit, gelöst werden? Gemäss Vorschlag des EDA soll ein sog. gemischter Ausschuss mit Vertretern der Schweiz und der EU gebildet werden. Gelingt die Streitbeilegung nicht, soll die EU gegenüber der Schweiz Sanktionen verhängen können.

## Politische Reaktionen

Mit der Aufzählung dieser vier Bereiche ist das dornenreiche Feld abgesteckt. Christoph Blocher hat für den Abstimmungskampf bereits ein «Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt» gegründet. Der ehemalige Diplomat Carlo Jagmetti schrieb in der NZZ (6.10.15), dass dieses Rahmenabkommen eine wesentlich engere Verflechtung der Schweiz mit der EU mit sich bringen würde als der seinerzeit verhinderte EWR-Beitritt. In Tat und Wahrheit sei der Entscheid über das Rahmenabkommen ein Entscheid über einen späteren EU-Beitritt. Gemäss Jagmetti bestehen die Vorteile eines Rahmenabkommens darin, dass die

Verwaltung und Fortführung der 120 bilateralen Verträge vereinfacht werden könnten, und dass Differenzen zwischen der Schweiz und der EU rasch bereinigt werden könnten. Aufgrund der substantiellen Einschränkungen der Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz ist Carlo Jagmetti aber dennoch gegen ein Rahmenabkommen.

### **Fremde Richter**

Nun steht mit einem solchen Abkommen die Gerichtsbarkeit des EuGH und somit fremde Richter beinahe vor der Tür, und eines ist klar: Die EU wird die Auslegung des EU-Rechts kaum den Urteilen einer aussenstehenden Institution, etwa einem Schiedsgericht, überlassen. Richter des EuGH haben in öffentlichen Wortmeldungen zum institutionellen Rahmenabkommen verschiedentlich betont, dass der EuGH sehr wohl verbindliche Urteile fällen und bei Nichtbeachtung Sanktionen treffen werde. Staatssekretär Yves Rossier sagte dazu: «Ja, es sind fremde Richter, es geht aber auch um fremdes Recht».

### **Die Haltung der CVP**

Die CVP hat 2013 das Positionspapier «Der Weg der Schweiz in Europa» herausgegeben. Zum institutionellen Rahmenabkommen hat die CVP folgende Position: Eine automatische Rechtsübernahme soll nicht die Regel werden. Bei der Weiterentwicklung von EU-Recht in Sektoren, die durch die bilateralen Verträge abgedeckt sind, verlangt die CVP ein gestaltendes Mitspracherecht. Dass die Schweiz die

Auslegung des EU-Rechts dem EU-Gerichtshof übertragen soll, geht der CVP zu weit; sie wäre gemäss dem Positionspapier jedoch dann zu einer solchen Regelung bereit, wenn die Schweiz mit einem Richter vertreten wäre. Als Christoph Blocher am vergangenen 5. August die Kampagne gegen das Rahmenabkommen eröffnete, sprach sich unser Parteipräsident Gerhard Pfister gegen das Abkommen aus und sagte: «Es ist klar, dass wir keine fremden Richter wollen».

### **Fragen der Souveränität**

Das wird eine schwierige Abwägung, die bei einer dereinstigen Volksabstimmung vorgenommen werden muss. Ist die Fortführung des bilateralen Wegs die Verluste wert, die wir mit einem Rahmenabkommen bei der Souveränität, der direkten Demokratie und der Unabhängigkeit tragen müssten? Sogar alt Bundesrätin Calmy-Rey hat gesagt, dass der Souveränitätsverlust bei den bilateralen Verträgen ein Problem sei. Dass der EU-Gerichtshof relativ häufig anders entscheidet als die Schweizer Gerichte, sieht man bereits heute bei seinen Urteilen zur Personenfreizügigkeit. Es wird bei dieser wegweisenden Abstimmung von grösster Wichtigkeit sein, dass die Entscheidungsgrundlagen erarbeitet sind: Was wären die Folgen eines teilweisen Wegfalls der Bilateralen? Welche Rechtsbereiche würden unter die Gerichtsbarkeit des EU-Gerichtshofs fallen? Fragen, die man genau beantwortet haben will. Im Zweifel aber: gegen eine institutionelle Vernetzung mit der EU.

# Der Anfang vom Ende?

## **Eine knappe Mehrheit der Britinnen und Briten wollte der EU den Rücken kehren und die Dinge wieder selber in die Hand nehmen.**

Von Michael Krummenacher

Mit dem Ja zum EU-Referendum am 26. Juni schockten die Briten die Weltgemeinschaft. Droht der europäischen Gemeinschaft durch Nachahmer-Länder nun weiteres Ungemach? Nicht nur auf der Insel herrscht eine starke Anti-Europa-Stimmung. Vorwiegend Rechtspopulisten in verschiedenen Ländern Europas nehmen den Brexit zum Vorbild und fordern ein Referendum im eigenen Land.

### **Frankreich**

Die Versprechungen der EU-Skeptiker, vorwiegend bestehend aus Mitgliedern des Front National, scheinen verlockend zu sein. Probleme im eigenen Land können mit einem Austritt behoben werden. Wirtschaftlicher Aufschwung, weniger Arbeitslosigkeit und weniger Zuwanderung. Argumente, welche auch im Abstimmungskampf in Grossbritannien omnipräsent waren. In Frankreich wünscht sich eine Mehrheit von 53% ein Referendum über den Verbleib in der EU.

### **Ungarn**

Der Nachbar von Österreich ist in den vergangenen Monaten vorwiegend

wegen der restriktiven Flüchtlingspolitik aufgefallen. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ist die Flüchtlingspolitik der EU schön länger ein Dorn im Auge. Ein konkreter Austritt aus der EU ist zwar nicht geplant, gegen die von Brüssel vorgegeben Flüchtlingsquoten soll es in Ungarn jedoch eine Volksabstimmung geben.

### **Tschechien**

Die Tschechen gelten als die grössten EU-Skeptiker. Obwohl das Parlament in Tschechien als proeuropäisch gilt, ist ein Anlauf für ein Referendum nur knapp gescheitert. Wie in Ungarn sind die Bürgerinnen und Bürger in Tschechien durch die Fremdbestimmung in Sachen Zuwanderung und den Beitritt zum Euro skeptisch. 57% sehen die Mitgliedschaft in der EU für ihr Land als Risiko.

### **Niederlande**

Eine geteilte Meinung liegt in den Niederlanden vor. Eine grosse Mehrheit der Politikerinnen und Politiker hält an der Europäischen Union fest, während bei der Wählerschaft eine ähnliche Austrittsstimmung herrscht wie in Grossbritannien. Ob es zu einem Referendum kommen wird oder nicht, hängt von den Parlamentswahlen im kommenden Jahr ab. Mit einem Rechtsrutsch in der Regierung wäre dieses Szenario durchaus denkbar.

### Österreich

Die Bundespräsidentchaftswahl bei unseren Nachbarn hat gezeigt, dass mit der rechtsnationalen FPÖ zu rechnen ist. Sollte die FPÖ bei der Wahlwiederholung im Oktober 2016 an die Macht kommen, ist ein Öxit durchaus vorstellbar. Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs ist ein Austritt aber eher unwahrscheinlich.

Aktuell ist über den Austritt Grossbritanniens noch nicht verhandelt worden. Sobald ein Austrittsgesuch gestellt wird, beginnen wohl zähe Verhandlungen zwischen London und Brüssel, welche auf zwei Jahre begrenzt sind. Das vereinte Europa steht ohne Zweifel am Scheideweg. Gespannt darf man die Entwicklung in den nächsten Jahren beobachten.



**MÜLLER**  
Gärtner von Eden®

Müller Gartenbau AG - 6044 Udligenswil  
041 375 80 50 - [www.mueller-gartenbau.ch](http://www.mueller-gartenbau.ch)

Ihr **FACHMANN** –  
für termingerechte  
Qualitätsarbeit

**J. Kaufmann AG**  
Autospenglerei + Spritzwerk

Neuhaltenstrasse 5  
6030 Ebikon  
Telefon 041 440 44 44  
Telefax 041 440 84 60  
E-Mail: [info@carrosserie-kaufmann.ch](mailto:info@carrosserie-kaufmann.ch)  
Internet: [www.carrosserie-kaufmann.ch](http://www.carrosserie-kaufmann.ch)

**VSCI Carrosserie** // // // //

# Europa und ich

## **Ob ich mich nun als Europäerin fühle oder nicht, ich bin ein Teil von Europa – einem Europa mit Geschichte und Zukunft.**

Von Shirin Grüning

Werde ich im Ausland nach meiner Herkunft gefragt, antworte ich unabhängig vom Erdteil, auf dem ich mich gerade befinde, mit: «Ich komme aus der Schweiz.» Erst danach fällt mir z.T. ein, den Satz mit «Europa» zu ergänzen. Mit Europa verbinde ich vorwiegend positive Gefühle. Die meisten meiner Ferien verbringe ich auf Entdeckungstouren in Europa. Ich habe Freunde in verschiedenen europäischen Ländern. Auf der Arbeit stehe ich mit anderen Juristen aus Europa in Kontakt. Und doch bezeichne ich mich kaum je als Europäerin. Vielleicht weil ich auf den ersten Blick nicht sehe, was uns Europäer verbindet.

### **Unterschiedliche Hülle**

Augenfälliger sind die Differenzen. Mit meiner blassen Hautfarbe unterscheide ich mich z.B. schon äusserlich stark von den Südländern. Die Osteuropäer gehören einer anderen Sprachgruppe an und auch ihre jüngere staatspolitische Geschichte weicht stark von jener der Schweiz ab. Und die im Norden, die sind halt im Norden und nur schon deshalb irgendwie anders als wir – ganz zu schweigen von den Briten, die wegen ihres Inseldaseins eigen sind.

### **Gleicher Kern**

Und doch eint die europäischen Staaten vieles. So vieles, dass sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufrafften und an einer gemeinsamen Zukunft bauten. Das eine Instrument für eine friedliche gemeinsame Zukunft war die Schaffung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Sie ist in allen Mitgliedstaaten des Europarats (nicht zu verwechseln mit der EU) in Kraft und gilt für mich als unverzichtbarer Schutz der elementaren Menschenrechte. Ein anderes – weitergehendes – Instrument war die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, später die Bildung der Europäischen Gemeinschaft, aus welcher schliesslich die Europäische Union entstand.

### **Aufklärung sei dank**

Die gemeinsame Grundhaltung, welche die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern fördert, ist meiner Ansicht nach der Aufklärung zu verdanken. Die Aufklärung durchdrang nicht alle Teile Europas gleich intensiv und doch scheint sie mir als einer der wichtigsten gemeinsamen Nenner in der Geschichte der europäischen Länder. Die Aufklärung im 18. Jahrhundert war eine geistige und soziale Reformbewegung, in der sich die Auffassung durchsetzte, durch vernünftiges Denken könne der Mensch die Ordnung der Natur erkennen und beherrschen, was

die Wissenschaft vorantrieb. Gleichzeitig waren die Aufklärer auf der Suche nach einer vernünftigen Ordnung des Staates im Interesse des einzelnen Menschen. Es wurde unter anderem die Idee der Gewaltentrennung entwickelt. Gesellschaftspolitisch verfolgte die Aufklärung das Ziel, die persönliche Handlungsfreiheit zu stärken, die Bildung auszubauen, und Bürgerrechte und allgemeine Menschenrechte durchzusetzen. Noch heute wird unser Denken von den Ideen der Aufklärer beeinflusst.

### **Austausch verbindet**

So hätten die Aufklärer sicher auch Freude am Erasmus-Programm. Dieses Förderprogramm der Europäischen Union (bis zur Annahme der Masseinwanderungsinitiative im Jahr 2014 mit direkter, seither mit indirekter Beteiligung der Schweiz) ermöglicht europäischen Studierenden Auslandssemester an europäischen Universitäten und leistet damit einen wichtigen Beitrag an die Bildung und Vernetzung junger Europäer sowie an den Forschungsstandort Europa.

### **Eigene Europaerfahrung**

Auch mir ermöglichte Erasmus eine Horizonsweiterung. In Strasbourg lernte ich das französische Rechtssystem kennen und konnte mein Wissen im Europarecht vertiefen. Zudem verbrachte ich dort meine Tage mit Franzosen, Griechinnen, Polen, Spanierinnen, Holländer, Norwegerinnen

und Deutschen. Dort erlebte ich, wie ähnlich wir Europäer uns doch sind. Die augenfälligen Differenzen verschwammen, wurden unwichtig.

Aus einigen Erasmus-Bekanntschäften entstanden Freundschaften. Und so war es ein riesiges Hallo, als ich im letzten Frühjahr acht von ihnen an einer Hochzeit in Leipzig traf. Drei stammen ursprünglich aus Deutschland, eine aus den Niederlanden, neben zwei Schweizerinnen war noch ein Franzose und eine Ire mit von der Partie. Wir schwelgten in alten Erinnerungen und diskutierten angeregt über politische Ansichten. Je nach Konstellation unterhielten wir uns auf Deutsch, Englisch oder Französisch – auch die Sprachenvielfalt gehört zu Europa.

### **Europäischer Arbeitsmarkt**

Wie so üblich bei Endzwanzigern drehen sich viele Gespräche um Zukunftspläne und berufliche Entwicklung. Und da bekam ich eine europäische Realität zu Gesicht, die ich von meinen Schweizer Freunden nicht kenne. Für viele meiner Erasmuskollegen war völlig klar, dass ihr Arbeitsmarkt ganz Europa umfasst. Nicht zwingend aus dem Wunsch heraus, Erfahrungen im Ausland zu suchen – sondern mehr aus der Not heraus. Die Devise lautete: Wer auf seinem Studiengebiet arbeiten will, kann nicht noch geografisch wählerisch sein. So arbeiten zwei Deutsche in Frankreich, ein anderer Deutscher lebt in England, die Holländerin arbeitet



**Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg – die Weiterführung einer Idee der Aufklärung.** Bild: EGMR-Gebäude

inzwischen in Basel und der Ire überlegt sich, eine Stelle in Dänemark anzunehmen.

Die Personenfreizügigkeit der Europäischen Union ermöglicht diesen jungen Leuten, einen Job auf ihrem Studiengebiet (es handelt sich vorwiegend um Naturwissenschaftler) zu finden. Und die Jungen haben sich schon so an die Idee Europa gewöhnt, dass sie sich auch ausserhalb ihrer Heimat wohlfühlen. Sie sehen die verbindenden Elemente in Europa.

### **Ungewisse Zukunft**

Nicht allen sind diese verbindenden Elemente aber gleich viel wert. Mit Brexit möchten die Briten in der europäischen Zusammenarbeit einen Gang zurückschalten. In Zeiten grosser

Einwanderungsströme gibt es viele Stimmen, die starke Einzelstaaten einer länderübergreifenden Gemeinschaft vorziehen. Es scheint, dass durch schwindende Märkte, Zuwanderung und Terror in Bedrängnis geratene Staaten das Vertrauen in andere Staaten verlieren. Bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen in Europa schwingt ein grosses Misstrauen gegenüber den anderen Verhandlungspartnern mit.

Doch ist man alleine wirklich stärker als zusammen? Sich auch in solchen Zeiten auf die Aufklärung zurückzubesinnen, kann sicher nicht schaden. Die Vernunft und nicht von Angst getriebene Kurzschlüsse sollen die Weiterentwicklung Europas prägen.

# Guido Graf verdient volle Unterstützung

## Ein langer Text für eine wichtige Sache: die Vorstösse von Guido Graf in der Asylpolitik.

Von Severin Zumbühl

Wohl kein Bereich der Politik macht uns angesichts des Abgrunds, der sich zwischen unserem Wohlstand und dem Elend auf der Welt auftut, so verlegen wie das Migrations- und Flüchtlingswesen; kein Bereich der Politik stellt uns die Frage nach unseren Werten, sagen wir ruhig: christlichen Werten, so deutlich wie die Frage «Wie viele Migranten wollen und können wir aufnehmen?»

### Das Solidaritätsprinzip

Diese Frage hängt direkt mit der Frage zusammen, die Jesus in Lukas 10, 25-37 zur Nächstenliebe gestellt wird: «Wer ist mein Nächster?» Dieses Gleichnis vom barmherzigen Samariter führt zum Solidaritätsprinzip, das für die C-Parteien grundlegend ist. Dieses besagt nebst anderem, dass das zentrale Kriterium für das Gemeinwohl das Wohl der Schwächsten ist. Und jetzt sind wir auch schon mitten im Thema, denn dieses Prinzip bedeutet umgekehrt, dass derjenige Migrant keine Solidarität verdient, der die ihm angebotene Solidarität ausnutzt, sprich: der kriminell wird und sich nicht in die mit ihm solidarische Gemeinschaft integrieren will. Eine Parlamentarische Initiative der SVP von 2012, welche gewerbsmässig agierende Drogenhändler vom Asylverfahren ausschliessen wollte, lag deshalb genau auf der Linie

des Solidaritätsprinzips und von Art. 2 der Genfer Flüchtlingskonvention – sie wurde u.a. von der CVP-Fraktion aus formalistischen Gründen abgelehnt. Das Gesetz kennt zwar schon heute den Asyl-Ausschluss, aber nur für Leute, die für mindestens drei Jahre ins Gefängnis kommen. Da man für eine solches Strafmass schon ziemlich viel «anstellen» muss, könnte sich die CVP profilieren, indem sie getreu dem Solidaritätsprinzip eine Absenkung dieser Schwelle fordert. 2015 wurden über 2500 Asylbewerber straffällig; 2500 Asylbewerber, die Platz machen könnten für Menschen, die Asyl wirklich nötig haben.

### Die Verantwortungsethik

Welches sind die Leitlinien, an denen man sich im Umgang mit den politischen Herausforderungen der Migration orientieren kann? Nebst dem soeben besprochenen Solidaritätsprinzip soll an dieser Stelle die Verantwortungsethik die gebotene Beachtung finden. Wer verantwortungsethisch handelt, bedenkt die möglichen Folgen seines politischen Handelns, übernimmt die Verantwortung für diese Folgen und stellt persönliche Missionen zugunsten des Gemeinwohls zurück.

Das Gegenstück zur Verantwortungsethik ist die Gesinnungsethik, wo es alleine um die guten Absichten einer politischen Handlung geht; eine moralische Mission wird absolut gestellt, ohne sie auf das politisch Mach- und



Verantwortbare zu beschränken. Das Verhalten von Angela Merkel und Simonetta Sommaruga in der Migrationspolitik trägt starke gesinnungsethische Züge. Bundesrätin Sommaruga hat gesagt, dass niemand in sein Land zurückgeschickt werde, der aus einer Diktatur oder einem «Willkürstaat» komme. Das kommt einer offiziellen Einladung an zwei Drittel der Menschheit gleich, in der Schweiz Asyl zu beantragen. Eine solche Gesinnung braucht das Korrektiv der Verantwortungsethik. Wer wie die deutsche Politik die Kontrollen über die Grenzen leichtfertig nicht wahrnimmt und somit auch die Kontrolle darüber, wer da eigentlich alles kommt, denkt nicht verantwortungsethisch, denn er denkt nicht an die Folgen, die die unkontrollierte Migration auslöst.

Die Gesinnungsethik blendet in der aktuellen Migrationskrise ebenfalls aus, dass sich offene Grenzen und Wohlfahrtsstaat gegenseitig ausschliessen – die politische Linke zerreisst es fast ob diesem Zielkonflikt. Gemäss dem wichtigen deutschen Soziologen Max Weber, ebenso wie nach dem Philosophen Friedrich Nietzsche, müssen Politiker verantwortungsethisch handeln; die Gesinnungsethik hingegen sei dem Individuum vorbehalten.

### **Ein Gewitter zieht herauf**

Kommen wir nun zum eigentlichen Thema, die Vorstösse von Guido Graf, die als Beispiel verantwortungsethischen Handelns bezeichnet werden dürfen. Es wird Zeit, dass sich unsere Volkspartei mit tauglichen Rezepten der gesellschaftlichen Bruchlinien annimmt, die sich hier anbahnen. Und sie bahnen sich an: Die ersten Gemeinden

merken, was für Kosten auf sie zukommen werden, wenn 80 % der Personen mit dem Status «vorläufig aufgenommen» (in der Praxis fast immer «dauerhaft aufgenommen»), deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert wird, jahrelang von der Sozialhilfe abhängig bleiben. Die Phase, wo erst die SVP und die Weltwoche auf diese Situation aufmerksam gemacht haben, ist vorbei – mittlerweile sprechen auch Linke wie alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm und der Co-Präsident der SKOS, Felix Wolffers, von einer «sozialpolitischen Zeitbombe».

### **Kritik an der Asylpraxis bei Eritreern**

Im August 2015 schrieb Regierungsrat Graf einen offenen Brief an Bundesrätin Sommaruga, in dem er ihre grosszügige Praxis bei Asylsuchenden aus Eritrea kritisierte. Anlass für den Brief war die Tatsache, dass alleine im Juni 2015 122 von 167 an den Kanton Luzern zugeteilte Asylbewerber aus Eritrea stammten. Da vorab junge Leute dieses Land verlassen, könne Eritrea laut Guido Graf seine Funktionsfähigkeit und seine Zukunft verlieren. Der Bund müsse prüfen, ob die Migranten bei ihrer Rückführung tatsächlich bedroht wären. Jedenfalls seien die meisten Eritreer im Zeitpunkt ihrer Flucht nicht an Leib und Leben bedroht und kommen stattdessen aus wirtschaftlichen Gründen, weshalb den meisten Eritreern der Flüchtlingsstatus gemäss der anerkannten Flüchtlingsdefinition in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht zustehe.

### **Paradigmawechsel im Asylwesen**

Im Juni 2016 hat Guido Graf in einem «Oriento» genannten Papier einen Paradigmawechsel im Asylwesen vorgeschlagen. Dieser Plan sieht u.a.

vor, dass niemand mehr direkt in der Schweiz Asyl beantragen kann. Im Gegenzug bestimmt die Schweiz Gruppen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen und führt eine Anzahl von diesen vorübergehend direkt in die Schweiz, oder man bringt sie in sichere, von europäischen Ländern unterhaltene Zonen ausserhalb der Krisengebiete.

Graf begründet seinen Vorschlag damit, dass man mit dem neuen System sicherstellen könne, dass statt Wirtschaftsmigranten nur echte Flüchtlinge Schutz erhalten, d.h. solche, die aufgrund ihrer Ethnie, ihrer Religion oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden. Der Bund könne so mittels Obergrenzen und einem Kontingentsystem dafür sorgen, dass nur so viele Menschen in die Schweiz kommen, wie das Land auch integrieren kann, denn andernfalls drohe die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Asylsuchenden zu kippen und die Sozialsysteme zu kollabieren.

Wer jetzt behauptet, das führe zu einer willkürlichen Selektion von Menschenleben, blendet aus, dass man ohnehin nicht alle (nach UNHCR rund 60 Millionen) Flüchtlinge auf der Welt aufnehmen kann und dass die vielen jungen Männer, die jetzt in die Schweiz kommen, wohl nicht immer diejenigen sind, die am meisten Schutz benötigen.

### **Parteilichter und personeller Faktor**

Zu den beiden Vorstössen von Guido Graf ist folgendes zu sagen: Völlig unabhängig von der Frage, wie viele Eritreer die Voraussetzungen für den Flüchtlingsstatus erfüllen oder nicht, wird die Migration im heutigen Ausmass Staat und Gesellschaft auf die Dauer überfordern. Schon heute lebt

die Hälfte aller in der Schweiz lebenden Eritreer von der Sozialhilfe. Gegen 60% der Asylsuchenden bleiben für immer in der Schweiz, und von diesen 60% schaffen 80% den Sprung in die Arbeitswelt nicht und müssen von unserem Sozialsystem finanziert werden. Da es sich mehrheitlich um junge Wirtschaftsmigranten handelt, wird die Akzeptanz für diese Situation schnell vorbei sein, und sie wird sich in den politischen Mehrheitsverhältnissen niederschlagen. Es werden diejenigen Parteien gewinnen, die handeln, und deshalb sind die Vorstösse von Guido Graf auch parteipolitisch so wertvoll.

Noch etwas muss Erwähnung finden. Der Sozialdirektor wurde für seine Vorstösse kritisiert, auch innerhalb der CVP. Die sachbezogene Kritik ist teilweise sicher berechtigt – dass aber jede Lösung einer solch komplexen Angelegenheit in der Praxis auch Schwierigkeiten bringt, dürfte unbestritten sein. Die personenbezogene Kritik jedoch, die Guido Graf Panikmache, einen unnötigen Gang an die Öffentlichkeit und ungerechtfertigte persönliche Profilierung vorwirft, kann ich nicht verstehen. Der Sozialdirektor ist der Mann im Kanton, der am meisten Grund hat, auf die Probleme im Asylwesen hinzuweisen. Wenn der Bund die finanzielle Verantwortung für seine Migrationspolitik nicht wahrnimmt, sind die Sozialdirektoren die ersten, die mit den Folgen der Migrationspolitik des Bundes konfrontiert werden und die Verantwortung übernehmen müssen.

Laut Guido Graf sind 90% der Rückmeldungen auf den Brief an Bundesrätin Sommaruga positiv gewesen. Damit wird einmal mehr klar, wo die CVP vielleicht zum Erfolg zurückfinden könnte: Im rechten Teil der Mitte.

# Fragwürdige Engagements der REAL

## **Der Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL), dem über 20 Gemeinden angehören, fällt mit zweckfremden und defizitären Investitionen in Fernwärmenetze auf.**

Von Severin Zumbühl

Die Kehrlichtverbrennungsanlagen (KVA) sind verpflichtet, die Abwärme der Kehrlichtverbrennung zu nutzen und nicht einfach in die Luft abzuleiten. So auch die KVA Ibach in Luzern, welche durch die REAL betrieben wurde: Sie verkaufte ihre Abwärme an das Kantonsspital und an die Fernwärme Luzern AG, die u.a. in Emmen ein Fernwärmenetz betreibt.

### **Künstliche und defizitäre Fernwärmeerzeugung**

Die KVA Ibach wurde Anfang 2015 ausser Dienst gestellt. Man würde nun erwarten, dass auch die Abwärmelieferungen hinfällig wurden. Die REAL hat es aber versäumt, diese Wärmelieferverträge rechtzeitig zu kündigen (zu diesem Schluss kommt man, wenn man den DV-Beschluss 13-09, S. 2 letzter Abschnitt liest). Das hat nun dazu geführt, dass die Wärmelieferungen am alten Standort mittels Verbrennung von Erdgas in einer Heizzentrale im Ibach künstlich aufrechterhalten werden müssen, bis frühestens 2019 eine Fernwärmeleitung vom neuen KVA-Standort Perlen zum Fernwärmenetz in Emmen die Fernwärmelieferung übernehmen kann. Diese Übergangslösung ist hoch

defizitär; 2013 rechnete man für die Jahre 2015 bis 2017 mit ungedeckten Kosten von Fr. 5 Mio. Da mittlerweile bekannt ist, dass die Übergangslösung bis mindestens Ende 2018 betrieben werden muss, muss mit einem Verlust von über 6 Mio. Fr. gerechnet werden. Dies entspricht den gesamten Erträgen aus dem Wärmeverkauf der KVA Ibach von 2013 bis 2015. Diese ungedeckten Kosten werden aufgrund einer unvorteilhaften Vereinbarung zwischen der REAL und der Fernwärme Luzern AG vollständig von der REAL getragen.

### **Engagement in Fernwärmeprojekten widerspricht dem Verbandszweck**

REAL ist zu 28 % an der Fernwärme Luzern AG beteiligt. Es ist sachfremd, wenn sich ein Entsorgungs-Verband wie die REAL in Fernwärmeprojekten engagiert. Eine mit Erdgas betriebene Heizzentrale zwecks Speisung eines Fernwärmenetzes hat mit der Abfallentsorgung nichts zu tun. Und die Wärmegewinnung aus Erdgas fällt auch nicht unter den Verbandszweck der «Gewinnung und Vermarktung erneuerbarer Energien». Deshalb hat die REAL zur Klärung der Frage, ob ihre Finanzierung der Übergangslösung überhaupt rechtmässig ist, ein Rechtsgutachten erstellen lassen und stützt sich zu ihrer Legitimation auf den Satz, dass «die Sicherstellung der Nachfolgenutzung der Fernwärmeversorgung am alten KVA-Standort ebenfalls notwendiger Bestandteil des Rückbauprojekts

ist» (Ziff. 129 des Gutachtens, s.a. DV-Beschluss 13-09, S. 5). Dieser Aussage ist vehement zu widersprechen. Das würde nämlich bedeuten, dass die Fernwärmelieferungen bei jeder KVA, die ausser Betrieb genommen wird, mit Abfallgebühren und anderen Entsorgungsabgaben künstlich weitergeführt werden müssten.

### **Zweckgebundene Entsorgungsabgaben**

Das kann erst recht deshalb nicht stimmen, weil Abfallgebühren und andere Entsorgungsabgaben aufgrund ihrer Zweckgebundenheit nicht für die Finanzierung von Projekten gebraucht werden dürfen, die nichts mit der Entsorgung zu tun haben. Das sieht auch das Gutachten so (Ziff. 132). Und das Gutachten äussert sich an anderer Stelle noch klarer: Da die Betriebskosten des Fernwärmenetzes weder der Entsorgung noch den Abfallverursachern dienen, «sind die entsprechenden Kosten von den Nutzern des Netzes zu tragen» (Ziff. 75). Mit anderen Worten: Die Verluste der künstlichen Übergangslösung sollen die Konsumenten der Fernwärme übernehmen, und nicht diejenigen, die mit ihren Entsorgungsabgaben die REAL finanzieren und von der Fernwärme nicht profitieren.

### **Wo liegt das Problem?**

Man kann sich nun fragen: Wo liegt

das Problem, wenn sich die REAL an einem an sich sinnvollen Fernwärmeprojekt finanziell beteiligt? Die Antwort liegt in der Finanzierung. Die Einnahmen der REAL bestehen v.a. aus Entsorgungsgebühren und Beiträgen der Gemeinden. Oben wurde aufgezeigt, dass Entsorgungsgebühren aufgrund ihrer Zweckgebundenheit nicht für die Finanzierung von Fernwärmeprojekten herangezogen werden dürfen. Bleiben also noch die Gemeindebeiträge, die für die Finanzierung solcher Projekte in Frage kommen. Aber auch diese werden nur dann im Sinne der Gemeinden eingesetzt, wenn sie mit dem Zweck der REAL etwas zu tun haben, erst recht gilt das für diejenigen Gemeinden, die nicht an die Fernwärmenetze angeschlossen sind.

Heute werden immer mehr Gemeindeaufgaben von Gemeindeverbänden wie z.B. der REAL übernommen. Diese Gemeindeverbände sind im Begriff, eine vierte Staatsebene zu bilden (allen voran die regionalen Entwicklungsträger), fliegen aber häufig unter dem Radar der Öffentlichkeit und der Medien. Es muss von Gemeindeverbänden wie der REAL erwartet werden können, dass sie mit den Geldern der Gemeinden und der Bevölkerung verantwortungsvoll umgehen und sich nur dort finanziell engagieren, wo ein Nutzen für alle Verbandsgemeinden entsteht.

Steuerberatung  
Vorsorgeplanung  
Unternehmensberatung  
Rechnungswesen  
Wirtschaftsprüfung  
Liegenschaftsverwaltung

**revimag**  
treuhand ag

Baselstrasse 44  
6252 Dagmersellen  
Telefon 062 748 31 41  
[www.revimag.ch](http://www.revimag.ch)

## David Schwegler ist 22 Jahre alt und wohnt in Grossdietwil. Er studiert interdisziplinäre Naturwissenschaften, Biologie und Chemie an der ETH

Wie hast du zur JCVP gefunden? Was interessiert dich an der JCVP?

Ganz traditionell, meine Grosseltern waren in der CVP, meine Eltern sind in der CVP, also lag es mir nahe, dass ich meine ersten politischen Schritte in der JCVP machen würde. Geblieben bin ich wegen den spannenden und undogmatischen Diskussionen und den tollen Mitgliedern.

Welche politischen Themen liegen dir am besonders am Herzen?

Bildung, Forschung und Gesundheit. Besonders die Kombination von Forschung und Gesundheit interessiert mich, weil wir dort noch am Anfang grosser Veränderungen und der Beantwortung wichtiger Fragen stehen.

Du studierst interdisziplinäre Naturwissenschaften. Was interessiert dich daran?

Die Herausforderung und die Dynamik. Wissenschaft ist etwas sehr Lebendiges, man entdeckt ständig Neues und muss alte ausgediente Modelle verwerfen oder verbessern. Zudem hat Wissenschaft etwas sehr Optimistisches; Sie lebt von der Neugierde und der Hoffnung, dass es eine bessere Zukunft gibt.

Welches wären deine politischen Schwerpunkte, wenn die JCVP Willisau reaktiviert wird?

Persönlich wünsche ich mir, dass das Heimatgefühl nicht verloren geht. Die nächste Generation soll auch noch eine unbeschwerte Kindheit geniessen können wie wir das hatten. Aber eigentlich liegt es nicht an mir, Schwerpunkte zu setzen, sondern an den zukünftigen Mitgliedern der JCVP Willisau.

Welches europäische Land gefällt dir am besten?

Die Schweiz, es ist ein Privileg in einer freiheitlichen Gesellschaft zu leben mit einer so vielfältigen Landschaft und schönen Städten.

Wird die Schweiz einmal der EU beitreten?

Eine Gretchenfrage: Ich denke «Ja», wenn auch nicht morgen oder in ihrer jetzigen Form, aber in den nächsten 10 Jahren wird sich vermutlich viel mehr ändern, als wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben. Wenn wir in Zukunft nicht von Supermächten abhängig oder dem Willen von Unternehmen – Global Players – ausgeliefert sein wollen, ist ein produktives Miteinander sicher zielführender als zu glauben, dass es schon wieder so wird wie »früher«. Es ist besser, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten als passiv in eine Rolle gezwängt zu werden und dann den anderen die Schuld an der Misere zu geben. Vor allem weil unser Lebensstandard keine Selbstverständlichkeit ist, sondern das Ergebnis von Gestaltungskraft, Fleiss und Solidarität.



**David Schwegler**



**Von Elisabeth Schneider-Schneiter; CVP-Nationalrätin von Basel-Land, Vizepräsidentin der Aussepolitischen Kommission des Nationalrats und Mitglied der Schweizer Europaratsdelegation**

## Für eine selbständige und offene Schweiz

Die Schweiz liegt inmitten Europas und ist – trotz ihrer Eigenständigkeit – mit den europäischen Staaten eng vernetzt. Dieses Wechselspiel von Vernetzung und Eigenständigkeit, welches uns in den letzten Jahrzehnten wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand gebracht hat, gerät nun immer mehr ins Wanken. Durch die Masseneinwanderungsinitiative, welche die bilateralen Verträge mit der EU kippen will, durch die Selbstbestimmungsinitiative, welche gegen Völkerrecht und die Menschenrechte gerichtet ist, und mit Abschottungsforderungen unter dem Deckmantel der Souveränität wird eine Politik betrieben, welche vielmehr Parteiinteressen als das Wohl der Schweiz in den Vordergrund stellt.

Es ist zwar richtig, dass den Folgen ungebremster Zuwanderung besser Rechnung getragen werden muss. Doch nur eine massvolle Politik sichert unser Erfolgsmodell Schweiz. Die Bilateralen mit der EU haben unserem Land zwar einige Pflichten eingebracht. So ist es auch ihnen zu «verdanken», dass Bürokratie- und Reg-

ulierungsdichte in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Die Bilateralen haben uns aber vor allem auch Rechte gebracht. An erster Stelle steht dabei der Marktzugang unserer Exportindustrie zum wichtigsten Exportpartner - der EU. Die internationale Vernetzung ist nämlich seit Jahrzehnten der Wirtschaftsmotor, welcher nebst der Finanzkrise auch mit dem starken Franken umzugehen wusste. Europa ist der mit Abstand wichtigste Markt für die Schweizer Exportindustrie. Neben den bilateralen Verträgen mit der EU gilt es aber auch, das Völkerrecht und die Menschenrechte zu bewahren. Die Bestrebungen, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu kündigen, wäre ein Schuss in das eigene Knie. Würde die Schweiz die Konvention kündigen, wäre das eine Rechtfertigung für viele andere Staaten, die im eigenen Land keine solche Kultur leben, diesen Schritt ebenfalls zu tun. Ich will weder eine Welt ohne verbindliches Recht noch will ich Unrechtsstaaten einen Freipass geben. Ins gleiche Kapitel gehört die seit Jahren geschürte Angst vor «fremden Richtern». Wie soll die Schweiz für Interessen einstehen, wenn Verträge nicht eingehalten werden, und es keine Stelle gibt, wo sie ihr Recht einfordern kann?

Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU und soll es auch nicht werden. Sie liegt aber inmitten des europäischen Kontinents und ist in mancherlei Hinsicht vernetzter mit der EU als mancher EU-Mitgliedstaat. Diese selbständige und dennoch offene Schweiz ist unser Erfolgsmodell.

## **Patronatskomitee**

**Christian Blunsch**i, Vizepräsident CVP Luzern, Emmenbrücke

**Markus Dürr**, alt Regierungsrat, Malters

**Ida Glanzmann-Hunkeler**, Nationalrätin, Altishofen

**Kathrin Graber**, Einwohnerrätin, Kriens

**Konrad Graber**, Ständerat, Kriens

**Guido Graf**, Regierungsrat, Pfaffnau

**Marcel Hurschler**, alt JCVP-Kantonsrat, Sempach

**Pirmin Jung**, Präsident CVP Luzern, Eschenbach

**Luzia Kurmann**, Gemeinderätin, Buchs

**Christoph Lengwiler**, alt Kantonsrat, Kriens

**Ruedi Lustenberger**, alt Nationalrat, Romoos

**Erna Müller-Kleeb**, alt Kantonsrätin, Rickenbach

**Daniel Piazza**, Kantonsrat, Malters

**Marlis Roos Willi**, Kantonsrätin, Geiss

**Martin Schwegler**, ehem. Präsident CVP Luzern, Menznau

**Anton Schwingruber**, alt Regierungsrat, Werthenstein

**Xaver Vogel**, Menzberg

**Franz Wicki**, alt Ständerat, Grosswangen

**Franz Wüest**, Kantonsrat, Ettiswil

**Pius Zängerle**, alt Kantonsrat, Adligenswil

## **Impressum**

### **Auflage**

1630 Exemplare

### **Redaktionsleitung**

Severin Zumbühl, Maihofstrasse 71, 6006 Luzern, jcvp-jmpuls@gmx.ch

### **Redaktion**

Shirin Grünig, Till Haechler, Esther Hagmann, Tobias Käch, Michael Krummenacher, Severin Zumbühl

### **Gestaltung**

Deborah Bürgisser, deborah.buergisser@gmail.com

### **Präsident der JCVP Kanton Luzern**

Tobias Käch, Benziwil 39, 6020 Emmenbrücke, tobiaskaech@jcvp-lu.ch

### **Adressverwaltung**

Lukas Graf, Halde 22, 6263 Richenthal, lukasgraf@jcvp-lu.ch

### **Inserateverwaltung**

Elias Meier, elias.meier@jcvpluzern.ch

**Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhanden der Abonnenten, der Mitglieder der JCVP Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der JCVP Kanton Luzern. Die Abonnementkosten betragen jährlich 10 Franken. Für JCVPler ist der Jmpuls kostenlos. Die Verlegerin ist die JCVP Kanton Luzern.**

**Redaktionsschluss für den «Jmpuls» 04/2016: 10. November 2016.**

AZB

6110 Wolhusen

keine Adressberichtigungen

## Termine

<b>05.11.2016</b>	<b>DV der JCVP Schweiz</b>
<b>11.11.2016</b>	<b>GV / Kantonalversammlung</b>
<b>08.12.2016</b>	<b>Bundeshausbesuch</b>